50. 1. Hat das zur Entscheidung über das Rechtsmittel berufene Gericht, oder diejenige Instanz, gegen deren Urteil das Rechtsmittel eingelegt wird, über die Berechtigung zum Anschlusse eines Nebenklägers zu entscheiden, wenn die Anschlußerklärung erst nach ergangenem Urteile behufs Einlegung eines Rechtsmittels erfolgt?

St.ß.D. §§. 436 Abs. 2. 360. 363. 386. 389.

2. Kann eine zu Protokoll des Gerichtsschreibers erklärte, aber vom Nebenkläger unterschriebene Anschlußerklärung die vorgeschriebene schriftliche Form ersetzen?

St.ß.D. §. 436 Abs. 1.

III. Straffenat. Beschl. v. 23. März 1882 g. L. Rep. 700/82.

I. Landgericht Freiberg i. S.

In Erwägung,

1. daß, wenn die Anschlußerklärung eines Nebenklägers erst nach ergangenem Urteile behufs Einlegung eines Rechtsmittels erfolgt — §. 435 St.ß.D. —, die Frage über die Berechtigung zu solchem Anschlusse nicht füglich von der Frage der formgerechten, durch eine hierzu legitimierte Person geschehenen Einlegung des Rechtsmittels selbst zu trennen ist, woraus sich ergibt, daß die Entscheidung über die Berechtigung des Nebenklägers zum Anschlusse nicht dem Instanzgericht, bei welchem das Rechtsmittel nur vorläufig instruiert wird — §§. 360. 363. 386. 389 St.ß.D. —, sondern dem zur Entscheidung über das Rechtsmittel selbst berufenen Gericht gebührt — §. 436 St.ß.D. —, jedes andere Verfahren auch für die Gestaltung des Instanzenzuges bezüglich der über etwaige Versagungen der Anschlußberechtigung dem Nebenkläger zustehenden Beschwerden — §. 346 St.ß.D. — zu irrationalen, mit dem ordentlichen Instanzenwege der Rechtsmittel der Berufung und Revision unverträglichen Ergebnissen führen könnte,

2. daß, wenn daher vorliegenden Falles über die von N. zugleich mit der Einlegung der Revision geschehene Anschlußerklärung zu entscheiden ist, diese Erklärung weder bezüglich der Berechtigung des Nebenklägers, noch bezüglich der Form beanstandet werden kann, sofern die erstere, da es sich um die Strafverfolgung wegen einer gegen die minder-

jährige Tochter des Antragstellers verübte Körperverletzung handelt, aus den §§. 414, 435 St.P.D., 223, 232, 61, 65 St.G.W.'s sich ohne weiteres ergibt, in letzterer Beziehung zwar nur eine zu Protokoll des Gerichtsschreibers abgegebene Erklärung vorliegt, welche an sich die in §. 436 Abs. 1 St.P.D. vorgeschriebene schriftliche Form nicht zu ersetzen geeignet ist,

vgl. Urteil des Reichsgerichts vom 31. März 1880 (Entsch. in Straff. Bd. 1 S. 285)

vorliegenden Falles aber das Protokoll von N. unterschrieben, und durch diese Unterschrift dem wesentlichen Erfordernisse der Schriftlichkeit genügt ist,

in Erwägung,

daß, die Revision selbst anlangend, das Rechtsmittel zwar vom Nebenkläger rechtzeitig und formgerecht eingelegt worden, die lediglich mit der Einlegung verbundene Begründung der Revisionsanträge aber nicht erkennen läßt, ob das Urteil wegen Verletzung einer Rechtsnorm über das Verfahren oder wegen Verletzung einer andern Rechtsnorm angefochten werden soll — §§. 384, 389, 505 St.P.D. — beschlossen:

1. daß die Berechtigung des Nebenklägers N. zum Anschlusse an die gegen den Lehrer C. E. L. wegen Körperverletzung erhobene öffentliche Klage anzuerkennen,

2. daß die Revision des vorgedachten Nebenklägers gegen das Urteil des Königlich sächsischen Landgerichtes zu Freiberg vom 16. Januar 1882 als unzulässig zu verwerfen, dem Beschwerdeführer auch die Kosten dieser Instanz aufzuerlegen seien.